

ladw

Lateinamerika-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft



Gemeinsam mit Lateinamerika globale Herausforderungen meistern

FÜNF EMPFEHLUNGEN AN DIE DEUTSCHE POLITIK

Ein gemeinsames Positionspapier von
Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW)
und Lateinamerika Verein e.V. (LAV)

1. Ökologische und digitale Transformation gemeinsam mit Lateinamerika gestalten

Für eine umfassende, erfolgreiche ökologische und digitale Transformation sind die EU und Deutschland auf verlässliche, internationale Verbündete angewiesen. Gerade Lateinamerika wird aufgrund seiner strategischen Bedeutung für Klima, Agrar- und Energiewirtschaft oder Digitalisierung umworben. Dort befinden sich große – sowohl nachwachsende als auch für die anstehenden Transformationsprozesse kritische – Rohstoffvorkommen, ein großes Potenzial an erneuerbaren Energien sowie ein Drittel der weltweiten Süßwasserreserven. Die neue Bundesregierung sollte gemeinsam mit Lateinamerika **Impulse für eine umweltfreundliche und digitale Wirtschaft** setzen.

Die Bündelung von Kräften zur Entwicklung von **Technologien für Emissionsminderung und CO₂-freier Stromerzeugung** (z. B. für die Herstellung von grünem Wasserstoff), **der Kreislaufwirtschaft zu Abfallvermeidung und -verwertung**, sowie im Bereich von **IoT und Künstlicher Intelligenz** würde beiden Seiten helfen, sich im globalen, härter werdenden Wettbewerb zu behaupten. Zum einen sollte die **Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen** in Lateinamerika intensiviert werden. Zum anderen könnte eine stärkere Verzahnung von neuen oder bereits existierenden Initiativen der Bundesministerien (AA, BMWK, BMZ, BMEL oder BMUV) die nötigen Strukturen für **bilaterale Pilot-Projekte** schaffen. Auch die **Energiepartnerschaften** mit Brasilien, Mexiko und Chile müssten in Hinblick auf neue Technologien zur CO₂-Neutralität ausgebaut und um Partnerschaften mit Argentinien und Kolumbien ergänzt werden. Im Bereich **Digitalisierung/Industrie 4.0** sollte die intensivere Nutzung von **etablierten Dialogplattformen** sowie eine Ausweitung auf weitere Schwerpunktländer, z. B. Uruguay oder Kolumbien, geprüft werden. Von einem Austausch mit der lebendigen lateinamerikanischen Start-Up-Szene mit wegweisenden, nicht nur digitalen Produktentwicklungen und Geschäftsideen kann auch die deutsche Wirtschaft profitieren. **Nachhaltigkeits- und Qualitätskriterien** sollten im Rahmen der finanziellen (Entwicklungs-) Zusammenarbeit aufgenommen und die Exportförderung sollte an digitale Produkte und Dienstleistungen angepasst bzw. weiterentwickelt werden.

2. Lateinamerika-Politik langfristig und ressortübergreifend vorantreiben

Deutschland braucht dringend eine aktive Strategie der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Lateinamerika, die insbesondere auch die Interessen und Vorbehalte der Unternehmen im Auge hat. Ohne eine langfristige, ressortübergreifend koordinierte Agenda für die Region und ressortabgestimmte Initiativen der Bundesregierung, idealerweise mit einer dedizierten Anlaufstelle, die die beteiligten Ministerien und Institutionen übergreift, droht der weitere Verlust an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung Deutschlands auf den dortigen Märkten.

Die 2010 erarbeitete **Lateinamerika-Strategie der Bundesregierung** sollte auf ihre Aktualität geprüft und zu einem permanenten Aktionsprogramm gemacht werden. Die Fortführung der vom Auswärtigen Amt

erfolgreich etablierten **Lateinamerika-Karibik-Initiative** unter Einbeziehung weiterer Ressorts der Bundesregierung ist wünschenswert (wie im Koalitionsvertrag angekündigt). Konsequenterweise müsste die Politik auch den hochrangigen, bilateralen Dialog pflegen, z. B. durch mehr **Kanzler- und Ministerreisen in Begleitung von Wirtschaftsdelegationen** in die Region – sobald die Pandemie-Bedingungen es erlauben. Dieses sollte durch niederschwellige digitale Interaktionsformate ergänzt werden. Aktionsmaßnahmen müssten aktiv eingeführt werden. Projekte und Schwerpunktthemen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Lateinamerika sollten enger mit der Wirtschaft abgestimmt und auch hier die Schwerpunkte Digitalisierung und Dekarbonisierung bevorzugt werden. Auch das **Instrument „Strategische Partnerschaft“** sollte ausgebaut werden. Kernregionen für die Wirtschaft bleiben der Mercosur und die Pazifik-Allianz. Die Bundesregierung sollte hinsichtlich der Zusammenarbeit mit beiden Regionen Möglichkeiten nutzen, um Nachhaltigkeitsziele konsequenter zu verfolgen. Dabei könnte das Auswärtige Amt durch seine neue Zuständigkeit für internationale Klimapolitik eine Vorreiterrolle einnehmen.

3. Europäische Zusammenarbeit mit Lateinamerika stärken

Bereits drei Viertel der lateinamerikanischen Länder haben ein **Handelsabkommen** mit der EU. Mittelfristig könnten eine regionale Harmonisierung und Integration der verschiedenen Abkommen angestrebt werden. Die Ratifizierung des bereits verhandelten EU-Handelsabkommens mit dem **Mercosur** müsste von der neuen Bundesregierung aus strategischer und geopolitischer Sicht konsequent unterstützt werden. Den bestehenden Bedenken im Bereich der Nachhaltigkeit, des Schutzes von Klima und Arbeitnehmerrechten, der Agrarwirtschaft sowie der Lieferketten sollte beispielsweise durch ergänzende Vereinbarungen und Zusagen Rechnung getragen werden. Dies setzt Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten voraus. Die effektive Umsetzung von Handelsabkommen ist aus Sicht des LADW und des LAV ein zentraler Baustein für die europäische Handels- und Außenpolitik und kann einen Beitrag leisten zur Positionierung der EU als Region der offenen strategischen Souveränität. Die bilateralen EU-Freihandelsabkommen mit weiteren Ländern Lateinamerikas sollten gepflegt und ggf. modernisiert werden, wie aktuell im Fall von **Mexiko und Chile**. Die modernisierten Abkommen sollten zügig ratifiziert und in Kraft gesetzt werden.

Deutschland und die EU sind bereits sehr wichtige Geldgeber für Projekte im Bereich der **Entwicklungszusammenarbeit (EZ)** in der Region. Eine verstärkte Europäisierung der EZ mit den lateinamerikanischen Staaten könnte einen größeren Beitrag zur Stabilisierung der Region leisten, auch mit Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie vor Ort. Die Bundesregierung sollte sich für eine stärkere Vernetzung und Nutzung von Synergien zwischen den Aktivitäten der EU-Mitgliedsstaaten mit Lateinamerika einsetzen, insbesondere bei der Umsetzung des WTO Trade Facilitation Agreements (TFA). Die neue Global-Gateway-Strategie der EU bietet eine gute Plattform zur Förderung nachhaltiger Verbindungen mit Lateinamerika an, um vor allem Investitionen in die physische und digitale Infrastruktur in der Region zu steigern.

4. Politischen Neustart mit Brasilien wagen

Die grundsätzlich sehr guten Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien müssen politische Meinungsverschiedenheiten aushalten und überwinden können. Vor allem im intensiven politischen Dialog können gemeinsame Lösungen z. B. beim Schutz des Regenwaldes gefunden werden. Als ressourcenreichem Land kommt Brasilien eine Schlüsselrolle für die Bewältigung von globalen Herausforderungen zu, wie etwa beim Klimaschutz, der Energieversorgung oder als Agrarproduzent. Deshalb sollte der Beitrittsprozess Brasiliens zur OECD uneingeschränkt unterstützt werden.

Vor den brasilianischen Wahlen im Oktober 2022 sollte sich die neue Bundesregierung so positionieren, dass ein **wirtschaftspolitischer Neustart** mit jedweder brasilianischen Regierung möglich wird. So sollte die **bilaterale Kooperation** neugestaltet und zu **Regierungskonsultationen** eingeladen werden. Der Aktionsplan der seit 2008 bestehenden **strategischen Partnerschaft** mit Brasilien müsste modernisiert und um neue Herausforderungen erweitert werden. Dazu gehören insbesondere die Themen Digitalisierung, Industrie 4.0, Cybersicherheit, Künstliche Intelligenz oder smarte Elektrifizierung. Auch in den bewährten **deutsch-brasilianischen Gremien** wie der Gemischten Wirtschaftskommission, des Digitaldialogs, des Globalvorhabens Qualitätsinfrastruktur und der Agribusiness-Initiative sollte sich die Bundesregierung weiterhin intensiv engagieren.

Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Beziehungen zu wichtigen Bundesstaaten mit hoher deutscher Wirtschaftspräsenz (z. B. im Süden, São Paulo und Bahia) zu fördern und auszubauen. Dies gilt grundsätzlich auch für andere Länder der Region.

5. Wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen in der Region fördern

Jahrzehntelange Modernisierungsdefizite in Infrastruktur und Bildung führen in den meisten lateinamerikanischen Staaten zu einem konstanten Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Auch eine niedrige Arbeitsproduktivität erschwert ein nachhaltiges Wachstum. Dennoch hat der internationale Wettbewerb um Marktanteile in Lateinamerika zugenommen und häufig geraten Unternehmen aus der EU gegenüber Unternehmen aus den USA oder China ins Hintertreffen. Deren strategische und Handelsinteressen unterscheiden sich allerdings von denen Deutschlands. Eine konsequente **politische Flankierung** durch die Bundesregierung ist notwendig, um die Stellung der deutschen Industrie durch verbesserte Rahmenbedingungen zu fördern. Dabei steht nicht der Wettbewerb im Vordergrund, sondern die konsequente Stärkung deutscher Stärken. Vor allem KMU sind bei der Erschließung neuer Märkte in der Region auf **Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten** angewiesen. Aufklärungsarbeit muss bestehende Ressentiments abbauen. Die Außenhandelsförderung sollte sich, wie jene anderer Länder, am strategischen Interesse der Bundesrepublik orientieren und nicht an oft realitätsfremden Ursprungsregeln.

Unnötige Belastungen durch **Doppelbesteuerung** könnten durch entsprechende Abkommen (DBA) vermieden werden. 2005 hat die Bundesregierung das seit 1975 geltende DBA mit **Brasilien** gekündigt. Alle

Versuche, ein neues Abkommen auszuhandeln, scheiterten bislang. Während Deutschland auf ein Modell für fortgeschrittene Schwellenländer (OECD-Standard) setzte, bestand Brasilien auf der Beibehaltung von Vorteilen für Entwicklungsländer. Aufgrund der Bemühungen Brasiliens für eine größere Handelsöffnung und um eine OECD-Mitgliedschaft sind die Bedingungen für eine gegenseitige Verständigung günstiger denn je. Das Bundesministerium der Finanzen müsste das Gespräch mit der brasilianischen Seite auf allen Ebenen suchen und sich für eine **Neuverhandlung** des DBAs einsetzen. Dabei sollte die deutsche Politik mehr Flexibilität in den Verhandlungen zeigen. Darüber hinaus sollte der Abschluss von DBA mit **Chile, Peru und Kolumbien** wegen des wachsenden wirtschaftlichen Potenzials geprüft werden.

Angesichts ihrer Bedeutung für Innovationen müssen **Patenschutz und Schutz des geistigen Eigentums** in den Ländern Lateinamerikas konsequent gefördert werden, u. a. durch bilaterale Zusammenarbeit auf technischer Ebene. Ähnliches gilt für die Zusammenarbeit der regulatorischen Behörden und Ämter (bestehende sowie mit weiteren) in Schlüsselbereichen, wie z. B. Telekommunikation (5G bzw. 6G) oder Gesundheit. Auch die europäischen Standards sollten mehr Förderung erhalten, denn diese unterstützen dabei, ein **level playing field** für die europäische Industrie zu ebnen. Ein Beispiel dafür sind Standards im Mobilitätsbereich, wo europäische Firmen gegen vom Staat subventionierte chinesische Unternehmen konkurrieren.